

Erinnerung an entwürdigende Arbeit

Areal bei ZKM und Bundesanwaltschaft heißt jetzt „Platz der Menschenrechte“

Von unserem Mitarbeiter
Ekart Kinkel

Gut zehn Jahre nachdem der „Platz der Grundrechte“ zwischen Schlossplatz und Zirkel seiner Bestimmung übergeben wurde, hat die Fächerstadt nun einen „Platz der Menschenrechte“ erhalten. Der Platz umfasst das Areal zwischen ZKM, Bundesanwaltschaft, Filmpalast und Brauerstraße und war bislang vor allem durch die zahlreichen temporären Kunstinstallationen des Medienmuseums und als Treffpunkt für Kinogänger bekannt. „Karlsruhe fühlt sich der Wahrung von Grund- und Menschenrechten besonders verpflichtet“, betonte Oberbürgermeister Frank Mentrup gestern am internationalen Tag der Menschenrechte bei einer Feierstunde mit Schildenthüllung zur offiziellen Übergabe des Platzes an die Bevölkerung.

Der Gemeinderat hatte sich im März mit großer Mehrheit für den geschichtsträchtigen Standort vor dem ZKM entschieden. Denn wo heute Museen und die Hochschule für Gestaltung (HfG) zu Hause sind, wurden im Zweiten Weltkrieg Zwangsarbeiter in der damaligen Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik (DWM) für die Rüstungs-

industrie verpflichtet. Rund 600 meist aus Osteuropa stammende Frauen fanden bei der unmenschlichen Arbeit in Karlsruhe den Tod. Und noch heute erinnert ein Schild am ZKM-Eingang an dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte. „Beim Kampf für die Einhaltung der Menschenrechte bleibt es in der Stadt glücklicherweise nicht bei der Benen-

nung von Plätzen“, verwies Mentrup auf das rege zivilgesellschaftliche Engagement mit Aktionen wie den Wochen gegen Rassismus. Und im ZKM würden neben den technologischen Entwicklungen auch die gesellschaftlichen Veränderungen bei Ausstellungen thematisiert und die Besucher mit einer in Schiefelage geratenen globalisierten Welt

konfrontiert. Die Bundesanwaltschaft steht laut Mentrup wie keine andere Institution in der Stadt für die Sicherung des Rechtsstaats. Auch der neue Generalbundesanwalt Peter Frank lobte die gute Standortwahl zwischen ZKM und Bundesanwaltschaft und erinnerte an die Menschenrechtsverletzungen während des Nationalsozialismus. „Eine systematische Verfolgung vieler dieser Straftaten wurde aber erst in jüngerer Vergangenheit erreicht“, so Frank, „und wir werden uns weiter für die Menschenrechte einsetzen“.

ZKM-Vorstand Peter Weibel erinnerte bei seiner Ansprache an die teilweise menschenunwürdigen Unterkünfte, in denen Flüchtlinge untergebracht werden und verwies auf das Fotoprojekt „Refugees in a State Apartment“ des Berliner Künstlers Jens Ullrich auf dem Platz der Menschenrechte.

„Alle Menschen sind frei“, betonte Catherine Devaux, Bezirkssprecherin der Menschenrechtsorganisation Amnesty International, allerdings sei selbst ein Rechtsstaat nicht automatisch ein dauerhafter Zustand, und die Gesellschaft müsse sich auch künftig für ein System zur Wahrung der Menschenrechte einsetzen.



DAS NEUE SCHILD am „Platz der Menschenrechte“ enthüllten ZKM-Chef Peter Weibel, OB Frank Mentrup, Catherine Devaux von Amnesty International und Generalbundesanwalt Peter Frank (von links). Foto: jodo